

Ilka Hoffmann: „Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit“

SCHULE. Die Forderung der UN-Behindertenkonvention Sondersysteme nach und nach zu überwinden, löst vielfach eher Angst als Begeisterung aus. Das Vorhandensein von Sondersystemen wird als Entlastung empfunden, auch wenn es die „Vielfalt“ im Klassenraum einschränkt.

Die Maikundgebungen 2018 standen unter dem Motto *Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit*. Dieser Dreiklang fasst die Zielsetzung einer inklusiven Entwicklung der Gesellschaft schlagwortartig zusammen. Wir Gewerkschafter*innen würden keinen dieser starken und auch emotional bedeutsamen Begriffe in Frage stellen. Auf der abstrakten und programmatischen Ebene sind sie unumstritten. Schwieriger wird es, wenn wir diese Begriffe auf die konkrete „Arbeitsebene“ herunterbrechen und sie in spezifischen Bereichen zur Grundlage der gewerkschaftlichen und praktischen Arbeit machen wollen. Ich möchte dies am Beispiel des Arbeitsfeldes Schule verdeutlichen.

[caption id="attachment_3130" align="alignleft" width="382"] **Ein gutes Motto für die Bildung:**
Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit[/caption]

Solidarität.

Welche Solidarität mit wem und in welchem Kontext ist gemeint? Solidarität mit allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft, mit den Schüler*innen, den Eltern und hier vor allem mit den (bildungs-) Benachteiligten? – Oder Solidarität mit den Arbeitskolleg*innen im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen? Gerade im Arbeitsfeld Schule können diese beiden Ansätze von Solidarität in Konflikt geraten. Die Kolleg*innen erwarten von einer Gewerkschaft zu Recht, dass diese für gute und gesunde Arbeitsbedingungen sorgt. Die Arbeit in den Schulen ist durch die Kombination von steigenden Anforderungen an die Pädagog*innen und sich verschlechternden Bedingungen geprägt. Fachkräftemangel, verfallende Gebäude, große Lerngruppen und vielfältige pädagogische und soziale Herausforderungen prägen den Schulalltag. Unsere Forderung, Ungerechtigkeiten im Bildungssystem durch inklusive Bildung abzubauen, wird von nicht wenigen Kolleg*innen dementsprechend als „unsolidarisch“ gegenüber ihren Bedürfnissen als Arbeitnehmer*innen gewertet.

Vielfalt.

Vielfalt, Diversität, heterogene Lerngruppen: Diese Begriffe werden auch von (Bildungs-)Politiker*innen in Bezug auf das Arbeitsfeld Schule gebraucht. Betrachtet man die Organisationsformen, Rahmenbedingungen und Vorgaben im Arbeitsfeld Schule, dann sie nicht mehr als oberflächliche Lippenbekenntnisse: Das gegliederte Schulsystem, schulformbezogene Lehramtsstudiengänge, das Bewertungssystem auf der Grundlage von Ziffernoten, zentrale Abschlussprüfungen und verpflichtende Bildungsstandards - all diese Vorgaben und Strukturen gehen von weitgehend homogenen mittelschichtorientierten Lerngruppen aus. Lehrkräfte sind also dazu angehalten, in einem auf Homogenität ausgelegtem System, Vielfalt zu gestalten.

Auch die Kollegien selbst sind nicht sehr vielfältig. Man findet kaum Menschen mit Behinderungen oder

von: Dr. Ilka Hoffmann (Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der GEW) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

Menschen aus anderen Kulturkreisen in den Lehrerzimmern. Schon Männer sind in mancher Schulform eine extrem kleine Minderheit. Dieser Widerspruch - in einem auf Exklusion angelegten System Inklusion zu gestalten - führt bei den Kolleg*innen zu Überforderungen. Die Forderung gemäß der UN-Behindertenkonvention Sondersysteme nach und nach zu überwinden, löst vielfach eher Angst als Begeisterung aus. Das Vorhandensein von Sondersystemen wird als Entlastung empfunden, auch wenn es die „Vielfalt“ im Klassenraum einschränkt.

Gerechtigkeit.

Dem deutschen Schulsystem wird in regelmäßigen Abständen in nationalen und internationalen Studien bescheinigt, dass es Bildungsbenachteiligungen verstärkt, also „ungerecht“ ist. Hier führen die hierarchische Gliederung in verschiedene Schulformen und die frühe Trennung der Kinder in verschiedene Bildungsgänge zu strukturellen Benachteiligungen.

[caption id="attachment_7924" align="alignright" width="450"] **Deutsches Schulsystem:** *Ihm wird in regelmäßigen Abständen in nationalen und internationalen Studien bescheinigt, dass es Bildungsbenachteiligungen verstärkt, also „ungerecht“ ist.*[/caption]

Würde also die Überwindung der Gliedrigkeit zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen? Nur teilweise, denn die Unterschiede zwischen den Schulen in verschiedenen Wohnquartieren sind extrem hoch. Wir haben Schulen, die in „armen“, von vielfältigen sozialen Herausforderungen geprägten Vierteln den gleichen Output produzieren sollen, wie Schulen im Villenviertel. Die besonderen Herausforderungen bestimmter Schulen sind die Folgen verfehlter Sozialpolitik. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum, und die unsoziale Politik der letzten Jahre hat zur Verarmung von immer mehr Familien geführt. Eine gezielte Förderung und Unterstützung von Kindern aus Armutsverhältnissen blieb und bleibt leider aus. Den Lehrkräften wird die Aufgabe zugemutet, die Nachteile einer verfehlten Sozialpolitik auszugleichen und dies in einem System, das auf die Verstärkung dieser Ungleichheit hin angelegt ist.

„Gerechtigkeit“ hat im Arbeitsfeld Schule aber noch einen weiteren Aspekt: In den Schulen arbeiten Lehrkräfte oft das Gleiche aber mit unterschiedlicher Bezahlung. Hier zählt die Laufbahn und nicht die Tätigkeit. Hinzu kommen sozialpädagogische Fachkräfte in z.T. prekären Arbeitsverhältnissen. Angesichts des von der Regierungskoalition vereinbarten Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen sowie des allgemeinen Mangels an Geld und Fachkräften im Bildungswesen wird die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse in Schulen noch zunehmen.

Wie lassen sich diese Widersprüche zwischen (bildungs-)politischen Überzeugungen und Interessenvertretung auflösen? - Dies kann nur gelingen, wenn die Bildungsgewerkschaft der widersprüchlichen Bildungs- und Sozialpolitik einen eigenen Kompass professionellen und gewerkschaftlichen Handelns entgegensetzt. Eine gute Orientierung bietet hier das von der GEW mitunterzeichnete Manifest zum Berufsethos der Bildungsinternationalen, der Dachorganisation der weltweiten Bildungsgewerkschaften.

Es vereint drei Perspektiven:

03-18: außen*innen*anders*gleich: Inklusive Bildung in exklusiven Zeiten

von: Dr. Ilka Hoffmann (Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der GEW) |
Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de
Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

1. das Menschenrecht auf Bildung als Grundlage professionellen Handelns;
2. die arbeitsrechtliche Perspektive, die auf angemessene Rahmenbedingungen achtet;
3. die Professionsentwicklung, um die Qualität im Bildungsbereich zu gewährleisten.

[caption id="attachment_2999" align="alignright" width="390"] **Auftrag:** *Pädagogische und gewerkschaftliche Arbeit ethisch zu verorten, ist kein Luxus.*[/caption]

Das BI-Manifest verbindet demnach individuelle, kollektive und gewerkschaftliche Selbstverpflichtungen. Denn es reicht nicht, wenn einzelne pädagogische Fachkräfte ihre Tätigkeit nach ethischen Grundsätzen ausrichten. Diese können nur dann in einer Einrichtung wirksam und tragfähig sein, wenn sie vom gesamten Kollegium, den verschiedenen im Arbeitsfeld Schule tätigen Professionen geteilt und gelebt werden. Zu einem verbindlichen Berufsethos gehören also auch kollegiales Miteinander und professionelle Teamarbeit, also Solidarität untereinander.

Das Berufsethos muss auch Leitlinie gewerkschaftlicher Arbeit sein. Im GEW-Kontext meint dies: Das uneingeschränkte Bekenntnis zu den allgemeinen Menschen- und Kinderrechten sowie zu den UN-Antidiskriminierungskonventionen sollte die Grundlage unseres professionellen Handelns sein. Nach diesem Wertekanon beurteilen wir Schulgesetze, organisatorische Regelungen, Strukturen und Rahmenbedingungen (Personalschlüssel, Unterrichtsverpflichtung, materielle Bedingungen...). Auf diese Weise helfen wir als Gewerkschaft mit, die Professionen und die Gesellschaft insgesamt weiterzuentwickeln. Alle Menschenrechtskonventionen zielen auf die Gestaltung einer vielfältigen, diskriminierungsfreien Gesellschaft ab.

Pädagogische und gewerkschaftliche Arbeit ethisch zu verorten, ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, denn:

- Wir dürfen es nicht der Politik überlassen zu definieren, was als gute Bildung für alle gilt. Wir müssen unsere eigene Sicht, unsere eigenen Visionen entwerfen und politisch einbringen.
- Gemeinsame Werte, gegenseitige Achtung und Kooperation verbessern nicht nur die pädagogische Qualität einer Schule, sondern tragen wesentlich zur Berufszufriedenheit bei.
- Die eigene Tätigkeit ethisch zu begründen, hilft in Konflikt- und Entscheidungssituationen.

Nicht zuletzt: Ethische Maximen sind als professionelle Richtschnur eine Kraftquelle im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen – und machen ihn glaubwürdiger, denn er fußt auf Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit!